

Adenauer und Preußen:  
Das doppelte Erbe

## „Letztlich sind wir alle Preußen“

Norbert Lammert

*„Je mehr man altert, desto mehr überzeugt man sich, dass Seine heilige Majestät der Zufall gut drei Viertel der Geschäfte dieses miserablen Universums besorgt.“*

*Friedrich II., König von Preußen*

Das Jahr 2001 gibt Anlass, an zwei herausragende Jahrestage zu erinnern, die auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun haben, bei genauerem Hinsehen aber die Frage beantworten helfen, woher die zweite deutsche Republik kommt und wofür sie steht: der 125. Geburtstag Konrad Adenauers und der 300. Jahrestag der Gründung des Königreiches Preußen.

Die Bundesrepublik Deutschland, der wieder vereinigte deutsche Nationalstaat, ist weder denkbar ohne Preußen noch – in Kontinuität und Wandel – begreifbar ohne Adenauer. Dem ersten Bundeskanzler, der als Kölner Oberbürgermeister schon in der Zeit der Weimarer Republik eine beachtliche Rolle nicht nur im Rheinland gespielt hatte, wurde zu Recht eine demonstrative Distanz gegenüber Preußen nachgesagt. Dennoch erschien nicht wenigen im Inland wie im Ausland Konrad Adenauer in seinem Auftreten, seiner Disziplin, seinem Durchsetzungswillen und seiner gelegentlichen Rücksichtslosigkeit wie der letzte große Preuße. „Letztlich sind wir alle Preußen“, soll er selbst in einer Mischung aus Resignation und Einsicht gesagt haben.

Als 1981 in der großen Preußen-Ausstellung im Berliner Gropius-Bau ein erster, die breite Öffentlichkeit ansprechen-

der „Versuch einer Bilanz“ unternommen wurde, hat der damalige Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker dies ausdrücklich als „Rückblick in die Geschichte als Hilfe zum Verstehen von Gegenwart“ verstanden. Das Beispiel Preußens sei nun fern genug, um mit kritischer Distanz gesehen zu werden, und zugleich nah genug, „um deutlich zu machen, wie sehr Gegenwart auf den Fundamenten der Vergangenheit ruht, im Guten wie im Bösen“. Für seinen Amtsvorgänger Dietrich Stobbe bestand die „Aktualität Preußens“ vor zwanzig Jahren nicht zuletzt in der Erkenntnis, „dass nicht nur die Spaltung Deutschlands, sondern auch ihre andauernde Unüberwindbarkeit mit dem Fortwirken der europäischen Erfahrung Preußens zusammenhängt“.

Preußen ist nicht voraussetzungslos entstanden. Es lohnt sich, die Bedingungen seines Aufstiegs nachzuvollziehen. Am 18. Januar 1701 krönte sich Friedrich, Markgraf von Brandenburg und Kurfürst des Reiches, im Deutschordensschloss von Königsberg selbst zum König in Preußen, dessen Territorium außerhalb des Verbandes des Reiches lag. Die Duldung der Königswürde durch Kaiser Leopold I. erfolgte vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung der Habsburger Dynastie mit Frankreich über die Erbfolge in Spanien, bei der Wien die Unterstützung der Hohenzollern hoch willkommen war. Mit der Königswürde stieg das Haus Hohenzollern aus der großen Zahl deutscher Reichsfürsten zur kleinen Elite europäischer Souveräne auf. Es herrschte damals

über ein wenig eindrucksvolles, geografisch zerrissenes und ökonomisch ärmliches Staatsgebiet mit rund 1,5 Millionen Einwohnern, die sich auf Landstriche im Rheinland, die Mark Brandenburg, Hinterpommern und Ostpreußen verteilten. Der große Kurfürst Friedrich Wilhelm (1640–1688) war noch Lehnsman des polnischen Königs. Schon hundert Jahre nach seinem Tod, nach der Regierungszeit Friedrich des Großen (1740–1786), hatte das Staatsgebiet sich fast verdreifacht, die Bevölkerung versechsfacht. Preußen war zur mächtigsten Macht in Nordeuropa geworden.

Preußen ist durch Eroberungskriege groß geworden, und es hat seine historische Logik, dass es wegen seines verheerenden Rufes in der internationalen Völkergemeinschaft nach einem Weltkrieg, an dessen Entstehen es zweifellos nicht unbeteiligt war, als Völkerrechtssubjekt gänzlich aufgelöst wurde. Gewachsen, nicht nur an Zahl, ist Preußen durch Zuwanderungen: Franzosen, insbesondere Hugenotten, Niederländer, Slawen, Sorben und Russen haben zur Entwicklung Preußens und der Hauptstadt Berlin ganz wesentlich beigetragen. Auch die großen Reformer Freiherr vom Stein, Hardenberg, Scharnhorst und Gneisenau waren keine gebürtigen Preußen.

### „Jeder nach seiner Façon...“

Berlin wurde schon 1230 zusammen mit Cölln mit dem Stadtrecht ausgestattet. Erst 1709 kamen die neu gegründeten Städte Friedrichswerder, Dorotheenstadt und Friedrichstadt zu Berlin und Cölln dazu und ermöglichten die stürmische Entwicklung von der kleinen königlichen Residenzstadt zur europäischen Metropole. Damals gab es zeitweilig mindestens so viele Französisch- wie Deutschsprachige in der Hauptstadt. Auch der preußische König bediente sich im privaten Umgang wie in offiziellen Schriftsätzen vorzugsweise der französischen Sprache. Lu-

theraner, Reformierte, Katholiken und Juden bildeten die Staatsbevölkerung Preußens, in der angeblich „jeder nach seiner Façon selig“ werden konnte. Von einer tatsächlichen Gleichberechtigung der Katholiken und Juden mit protestantischen Bürgern kann gleichwohl keine Rede sein, auch wenn die offizielle Duldung verschiedener Religionen in Preußen Zuwanderung und Zulassung zu Beruf oder Handwerk im Vergleich zu anderen Teilen Europas deutlich erleichterten und zu einer liberalen Wirtschaftsweise, sozialer Integration und einem beachtlichen Maß an Freiheit für Presse, Wissenschaft, Kunst und Kultur beitrugen.

In Preußen fiel die Zeit der Aufklärung weitgehend mit der Regierungszeit Friedrich des Großen zusammen. Dieser in mancherlei Hinsicht außergewöhnliche Monarch mit musischen und philosophischen Interessen, der mit Voltaire befreundet war und mit d’Alembert korrespondierte, trieb konsequent die Entwicklung einer staatlichen Ordnung voran, die im europäischen Ausland zu Recht als modern und effizient galt, in Fragen der Religion liberal, in der Gesetzgebung beispielhaft und in der Rechtspflege engagiert. Der gleiche Preußenkönig hatte die zu seinem Regierungsantritt gelockerte Zensur allerdings schon 1749 wieder verschärft. Über die in Preußen herrschende Meinungsfreiheit schrieb Lessing 1769, man könne zwar in Berlin „gegen die Religion so viel Sottisen zu Markte bringen, wie man will, für die Rechte der Untertanen und gegen Ausaugung und Despotismus“ jedoch nicht seine Stimme erheben.

### Durch Krisen gestärkt

Preußen ist immer wieder in existenzielle Krisen gestürzt, aus denen es regelmäßig gestärkt hervorging, um schließlich auf dem Höhepunkt seiner Macht als größte historische Leistung den deutschen Nationalstaat durchzusetzen, der zugleich

der Anfang vom Ende Preußens war. Die französische Revolution 1789, die napoleonischen Kriege mit der vernichtenden Niederlage 1806, die bürgerliche Revolution 1848, die peinliche Rolle Preußens beim Scheitern der Frankfurter Paulskirche in dem Bemühen um einen deutschen Nationalstaat im Rahmen einer konstitutionellen Monarchie, die rücksichtslose Verfolgung eigener Interessen von der Eroberung Schlesiens über die Teilung und Auflösung Polens bis hin zu den Kriegen gegen Österreich und Frankreich, aus denen schließlich der deutsche Nationalstaat unter Führung Preußens entstand – ein mächtiger Territorialstaat in Mitteleuropa, der seine Existenz ganz gewiss nicht dem Einvernehmen mit seinen Nachbarn verdankte, sondern der Stärke seiner Armee und dem politischen Geschick Otto von Bismarcks, der als preußischer Ministerpräsident und späterer Reichskanzler eine Politik konzipierte und durchsetzte, für die die preußischen Monarchen, denen er diente, weder die Fantasie noch das Format hatten.

Bis 1866 bestand Preußen aus einer Vielzahl einzelner Territorien, die als weit verteilter Streubesitz von Kleve bis nach Königsberg, von der Schweiz bis Russland reichten und an die Niederlande, Frankreich und Galizien grenzten. Das 1871 gegründete zweite deutsche Reich hat im Unterschied zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation nur kurz bestanden – immerhin weit länger als das so genannte Dritte Reich, das in der demonstrativen Berufung auf preußische Traditionen nur dessen Übertreibungen und Irrtümer fortsetzte. Diese wurden mit der Entlassung Bismarcks 1890 offensichtlich.

Konrad Adenauer war damals vierzehn Jahre alt. Das deutsche Reich bestand noch keine zwanzig Jahre. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, an dem es ganz gewiss nicht unschuldig war, sollte es noch 24 Jahre dauern. Das Ende

dieses Krieges bedeutete zugleich das Ende der preußischen Monarchie.

### **Der „Tartuffe unter den Staaten“**

Preußen war ein Polizeistaat und ein Kulturstaat zugleich, beides von besonderem Kaliber. Wie kein anderer deutscher Staat und nur wenige in Europa gab er der industriellen Revolution Raum zur Entwicklung. Das seit 1815 preußische Ruhrgebiet wurde zur exemplarischen deutschen und europäischen Industrieregion. Das preußische Kultur- und Unterrichtswesen wurde von Wilhelm von Humboldt – übrigens in einer spektakulär kurzen Amtszeit von nur achtzehn Monaten – grundlegend reformiert, sein Ideal der Freiheit von Forschung und Lehre hat nicht nur die neu gegründete Berliner Universität geprägt, sondern die Entwicklung eines modernen Bildungssystems weit über Preußen hinaus. Die Doppelköpfigkeit eines Staates, der ständisch verfasst und zugleich modern war, fortschrittlich und rückschrittlich zugleich, liberal und autoritär, hat unter den Zeitgenossen wie unter den Historikern nicht nur Bewunderung ausgelöst. „Widerwärtig, tief widerwärtig war mir dieses Preußen, dieses steife, heuchlerische und scheinheilige Preußen, dieser Tartuffe unter den Staaten“, polemisierte Heinrich Heine.

### **„Erstes Start-up-Unternehmen“**

Was bleibt? Die preußische Souveränität war ein wichtiger Schritt zur Durchsetzung politischer Selbstbestimmung in der Entwicklung der europäischen Staaten. Zur Zeit seiner Gründung „vor 300 Jahren war Preußen das erste Start-up-Unternehmen des Kontinents“, stellte der brandenburgische Ministerpräsident Stolpe beim Festakt zur Eröffnung des Preußenjahres am 18. Januar in Berlin fest. Eine Einschätzung übrigens, die für das heutige Brandenburg in ähnlicher Weise leider nicht zutrifft. „Aus dem Willen zur

Entschließung und Entwicklung des Landes förderte es die Zuwanderung und aus der Einsicht, dass Menschen so verschiedener Herkunft und Religion friedlich zusammen leben müssen, die nötige Toleranz. Dieser Gedanke hat Preußen überdauert. Er hat seither an Aktualität sogar dramatisch zugenommen. Offenheit und Toleranz gegenüber Fremden waren die Botschaft, die Preußen an die Zukunft richtete.“ (Stolpe)

Als nachwirkende Errungenschaft bleibt insbesondere ein bemerkenswert reiches Kulturerbe. Schon in der Amtszeit des ersten Preußenkönigs wurden die Akademie der Künste wie die Akademie der Wissenschaften gegründet. Das in der Stiftung Preußischer Kulturbesitz zusammengefasste, weltweit einzigartige Ensemble von Museen, Bibliotheken und Archiven, das dem Eigensinn preußischer Monarchen mindestens so sehr zu verdanken ist wie der künstlerischen Gestaltungskraft bedeutender Architekten, gilt unbestritten als Kulturerbe der Menschheit. Der Ausbau des Stadtschlusses in Berlin durch Friedrich I. nach den Plänen Schlüters war die Folge wachsender Bedürfnisse staatlicher Repräsentation; es wurde das unübersehbare Zentrum der Hauptstadt wie des Landes. Unter diesem Gesichtspunkt scheint es folgerichtig, dass die Deutsche Demokratische Republik, die das Erbe Preußens ausdrücklich nicht antreten wollte, schon 1950 das Stadtschloss in die Luft sprengte, das Reiterstandbild Friedrichs II. Unter den Linden demontierte und wenig später auch den Abriss des Potsdamer Stadtschlusses und der Ruine der Potsdamer Garnisonskirche verfügte. Es gehört zu den Ironien der Geschichte, dass sich die DDR in den letzten Jahren ihrer staatlichen Existenz umso intensiver um die Wiederherstellung der Verbindung zu preußischen Stätten und Traditionen bemühte, je hoffnungsloser ihr Versuch zur Aufrechterhaltung einer selbstständigen wirtschaftlichen und staatlichen Existenz wurde.

Die viel zitierten preußischen Tugenden mögen ein Mythos sein, jedenfalls als Charakterisierung eines autoritären Staates und seiner vielfach privilegierten Elite. Dennoch sind die Verbindung von Tradition und Fortschritt, Selbstbewusstsein und Bescheidenheit, Toleranz und Konsequenz, Einsatzbereitschaft und Verlässlichkeit nicht überholt, sondern bleibende Grundlagen für die deutsche wie die europäische Zukunft.

„Mantel der Justiz“

### „Mantel der Justiz“

Ein Vorreiter für die Etablierung der Demokratie in Deutschland war Preußen gewiss nicht. „Lange war Preußen ein Staat, in dem nicht die Armee dem Staat, sondern der Staat der Armee gehörte“, so Hans Ottomeyer, Direktor des Deutschen Historischen Museums. Allerdings ist der Beitrag Preußens zur Entwicklung des Rechtsstaates durchaus beachtlich. Das 1794 in Kraft getretene allgemeine Landrecht kodifizierte in über neunzehntausend Paragraphen die gesamte Rechtsordnung Preußens. Die Überwindung absolutistischer Herrschaft durch die Selbstbindung des Monarchen und seiner Verwaltung an die im Staate geltenden Gesetze wurden damit eingeleitet, die überkommene geburtsständische Gliederung der Gesellschaft und die daraus abgeleiteten sozialen Unterschiede freilich für lange Zeit festgeschrieben. Auf dem Wege zum Rechtsstaat ist das allgemeine Landrecht gewissermaßen im Gesetzestaat stecken geblieben: „Es ist, als ob die Vordersätze vom Philosophen von Sanssouci, die praktisch entscheidenden Nachsätze vom König von Preußen diktiert wären“, so der Verfassungsrechtler Hugo Preuß, der die Konturen der Weimarer Verfassung wesentlich geprägt hat. Teile dieses Gesetzbuches wurden vom Bürgerlichen Gesetzbuch übernommen und gelten noch heute. Preußisches Erbe.

Konrad Adenauer (Vierter von links) im preußischen Staatsrat, 1932.

Foto: ACDP



In der berühmten Aufhebung eines Revisionsurteils des Kammergerichtes durch den König in der Grundstücksauseinandersetzung mit dem Müller Arnold in Sanssouci hatte Friedrich II. die denkwürdige Begründung formuliert: „Denn Sie müssen nur wissen, dass der geringste Bauer, ja was noch mehr ist der Bettler, ebenso wohl ein Mensch ist, wie seine Majestät sind, und dem alle Justiz widerfahren werden... denn ein Justizkollegium, das Ungerechtigkeit ausübt, ist gefährlicher und schlimmer als eine Diebesbande, vor der kann man sich schützen, aber vor Schelmen, die den Mantel der Justiz gebrauchen, um ihre üblen Passiones auszuführen, vor denen kann sich kein Mensch hüten.“

### „Person vor dem Staat“

Die Verfassung, die erst wesentlich später Friedrich Wilhelm IV. 1850 erließ, nachdem er die gesamtdeutsche Paulskirchen-

versammlung brüskiert und die preußische Nationalversammlung aufgelöst hatte, setzte der Macht des Monarchen keine ernsthaften Grenzen. Im neuen deutschen Reich, das nach der Reichsgründung 1871 noch immer aus 25 Einzelstaaten bestand, dominierte unangefochten mit zwei Dritteln der Einwohner das Königreich Preußen, in dem das Dreiklassen-Wahlrecht nie aufgegeben und die politische Macht des Landadels nie gebrochen wurde. Im preußischen Staatsverständnis erwarb der Einzelne seine Rechte durch Dienst am Staat, er war nicht Träger eigener Rechte. Der Wert eines Untertanen bemaß sich nach seinem Nutzen für den Staat. An Preußens Universitäten trugen die Philosophien Fichtes und Hegels zur Entwicklung einer Staatsideologie bei, welche die strikte Unterordnung der Individuen unter die Interessen des „Obrigkeitsstaates“ forderte.

Die kopernikanische Wende im deutschen Staatsverständnis vollzog sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie wird deutlich in einer Rede, die Konrad Adenauer als wieder eingesetzter Kölner Oberbürgermeister im Mai 1946 in der wieder eröffneten Universität Köln gehalten hat: „Die Person ist dem Dasein und dem Range nach vor dem Staat. An ihrer Würde, Freiheit und Selbstständigkeit findet die Macht des Staates sowohl ihre Grenze als ihre Orientierung.“ Als am 25. Februar 1947 der alliierte Kontrollrat durch das Gesetz Nummer 46 die Auflösung des preußischen Staates erklärte mit der Begründung, Preußen sei „seitjeher der Träger des Militarismus und der Reaktion in Deutschland gewesen“, hatte sich Preußen längst überlebt. Preußen war ein Staat, der in vergleichbar kurzer Zeit aufgestiegen war und plötzlich ganz von der Landkarte verschwand.

Damals begann Konrad Adenauer seine zweite große Karriere. Als Präsident des Parlamentarischen Rates und als erster Bundeskanzler prägte er die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen und die Politik der zweiten deutschen Republik. Damals ist ein neues Deutschland entstanden, das nach den entsetzlichen Verirrungen der jüngeren Geschichte auf einer völligen Neuorientierung von Staat und Gesellschaft beruhte. Die Bundesrepublik Deutschland konstituierte sich als Bundesstaat, Rechtsstaat und Sozialstaat. In der neuartigen Verbindung von Wirtschafts- und Sozialordnung wurde sie zum Modell einer modernen demokratischen Staatsverfassung.

### Mann der Konfrontation

Im Jahr des 125. Geburtstages Konrad Adenauers liegt das Ende seiner Kanzlerschaft fast vierzig Jahre zurück. Sein Bild und die Beurteilung seiner politischen Leistungen haben sich in der Öffentlichkeit wie in der Forschung mit wachsendem zeitlichen Abstand immer mehr sta-

bilisiert. „Nicht selten hat das Ingangkommen seriöser Forschung zur Folge, dass ein von den Zeitgenossen als überragend eingeschätzter Staatsmann auf das Normalmaß zusammenschrumpft. Anders im Fall Adenauers. Seine historische Gestalt ist im Licht intensiver und kritischer Beschäftigung mit ihm eher gewachsen“, stellt Hans-Peter Schwarz in seinem aktuellen Essay zum Stand der Adenauer-Forschung fest (*Die politische Meinung*, Heft 373, Dezember 2000). Mit Blick auf die aktuelle politische Landschaft und insbesondere die innerparteiliche Situation der Union ist der Hinweis des renommierten Adenauer-Forschers von besonderem Interesse, dass der erste Bundeskanzler und erste Parteivorsitzende der CDU alles andere als konsensorientiert war, durchaus auf Konflikt eingestellt, „ein Mann, der die offene Auseinandersetzung, den Krach und die Konfrontation lebte“. Dass selbst die Vorbehalte vieler Zeitgenossen gegen den durchaus umstrittenen Führungsstil des Innenpolitikers Adenauer sich im Zeitablauf relativiert haben, erklärt sich im Wesentlichen durch die wachsende Einsicht in die Richtigkeit seiner politischen Richtungsentscheidungen. Alle politischen Parteien, die großen wie die kleinen, haben sich nach kürzerem oder längerem Sträuben die Grundlinien Adenauer'scher Politik zu Eigen gemacht, und zwar sowohl mit Blick auf die innen- wie die außenpolitischen Orientierungen. Alle Richtungsentscheidungen, die der zweiten deutschen Demokratie ein neues Fundament und eine verlässliche Orientierung nach innen wie nach außen gaben, sind unter politischer Führung Konrad Adenauers in den Gründungsjahren der Bundesrepublik getroffen worden: Soziale Marktwirtschaft, Westbindung, Bundeswehr, NATO, die deutsch-französische Aussöhnung, europäische Einigung. Dies war gewiss nicht die Fortsetzung preußischer Politik, die auf das Ent-

stehen und die Entwicklungsmöglichkeiten eines deutschen Nationalstaates fixiert war, vielmehr fand nun eine Öffnung des Landes nach innen und nach außen statt, die das Interesse am Gedeihen des neuen Staates auf eine breite Basis stellte, die Preußen weder bei allen seinen Bürgern noch im Ausland je besaß. Die Hartnäckigkeit, mit der Adenauer in einer dramatischen wirtschaftlichen Situation die Etablierung einer Wettbewerbsordnung und ihre sozialstaatliche Orientierung durchgesetzt, den Anschluss des seiner politischen Souveränität beraubten Landes an die westlichen Länder und ihre Wertegemeinschaft betrieben und gegen heftige Widerstände den Aufbau starker, wenngleich in die NATO integrierter deutscher Streitkräfte durchgesetzt hat, wurde zur Voraussetzung einer beispiellosen Erfolgsgeschichte. Jede dieser Entscheidungen war hochumstritten. Dabei hat Adenauer durch polarisierende, keineswegs vorsichtig differenzierende Politik Wähler gewonnen und Vertrauen für sich und seine Partei geschaffen, die in ihrer völlig neuen Konzeption einer Union der bislang politisch getrennten christlichen Konfessionen und der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppierungen ihrerseits eine der grundlegenden Innovationen der Bundesrepublik war.

„Mit seiner kompromisslosen Orientierung auf das demokratische Westeuropa, auf das Konzept supranationaler Gemeinschaften und auf die atlantische Welt war Adenauer ein Modernisierer, ja ein Revolutionär nicht nur der deutschen

Außenpolitik... Die Entscheidung gegen eine Neuauflage der Zentrumsbewegung, die Verbindung einer wettbewerbsfähigen Wirtschaftsordnung mit Elementen sozialen Ausgleichs, die Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen und das Angebot an diejenigen, die ihre Irrtümer in der Nazi-Zeit begriffen hatten, in der neuen Demokratie mitzuwirken – das war der Gedanke der zur Mitte hin integrierenden mehrheitsfähigen Volkspartei“ (Wolfgang Schäuble). Der durchaus autokratische Regierungsstil, das von den Zeitgenossen unterschätzte Interesse an wirtschafts- und sozialpolitischen Entwicklungen und die virtuose, historisch bestätigte Außenpolitik gehören zu den herausragenden Eigenschaften des Gründungskanzlers Konrad Adenauer, die den Vergleich mit Otto von Bismarck nahe legen und beide nicht zufällig zu den herausragenden Gestalten deutscher Politik im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert werden ließen.

Das heutige Deutschland, der größte Nationalstaat in einem friedlich zusammenwachsenden, wirtschaftlich und zunehmend auch politisch integrierten Europa, ist ohne das doppelte Erbe Preußens und Adenauers nicht zu begreifen. Der demokratische Staat der Bundesrepublik Deutschland ist eben nicht das Ergebnis zufälliger Entwicklungen. Aus den Verirrungen wie den Errungenschaften der deutschen Geschichte nicht erst im zwanzigsten Jahrhundert ergeben sich Verpflichtungen, die weit ins 21. Jahrhundert reichen.

### **Angespannter Politmoralismus**

*„Nicht kriminelle Gesinnung, vielmehr der angespannte Politmoralismus ideologisch formierter gemeinsinnstranszendenter Gesinnung macht terrorfähig.“*

(Hermann Lübke, 1987)